

# Freiberger Anzeiger

und

## Tageblatt.

Amtsblatt des Kgl. Bezirksgerichts zu Freiberg, sowie der Kgl. Gerichtsämter u. der Stadträthe zu Freiberg, Sayda u. Brand.

N<sup>o</sup> 288.

Erscheint jeden Wochentag früh 9 U.  
Inserate werden bis Nachm. 3 Uhr  
für die nächste Nr. angenommen.

Montag, den 10. December

Preis vierteljährl. 20 Ngr. Inserate  
werden die gespaltene Zeile oder deren  
Raum mit 5 Pf. berechnet.

1866.

### Tagesgeschichte.

\* Berlin, 7. Dec. Der „Wes.-Ztg.“ wird telegraphirt: Ein endgiltig festgestellter Entwurf der Bundesverfassung soll noch nicht existiren, die Berathung im Ministerrath über denselben jedoch bevorstehen. Die vorgängige Mittheilung des Entwurfs an die Regierungen ist zweifelhaft. Man glaubt, Graf Bismarck werde die Verhandlungen der Conferenz leiten. — Die darmstädtsche Regierung hat jetzt erklärt, daß sie zum 15. December einen Vertreter nach Berlin senden und die Wahlen zum norddeutschen Parlament (für Oberhessen) rechtzeitig anordnen werde. — Se. Majestät der König von Sachsen wird am 17. December hier eintreffen.

Berlin, 6. Dec. In Bezug auf den norddeutschen Bund bemerkt die ministerielle „Prov.-Corresp.“ heute u. A. Folgendes: „In den alten und in den neuen Provinzen der Monarchie ist das Wahlgesetz für das Parlament des norddeutschen Bundes verkündet, und alle Vorbereitungen sind getroffen, um das Parlament im Februar berufen zu können. An die verbündeten Regierungen ist die Aufforderung ergangen, ihre Bevollmächtigten zur Feststellung des Verfassungsentwurfs zum 15. d. M. nach Berlin zu entsenden und gleichzeitig mit Preußen die Wahlen zum Parlamente anzuordnen. Fast alle Regierungen haben, der Aufforderung entsprechend, schon ihre Bevollmächtigten bezeichnet und die erforderlichen Einleitungen zu den Parlamentswahlen getroffen. Inzwischen hat unsere Regierung bereits die Grundzüge der Verfassung entworfen, welche den Berathungen mit den Bevollmächtigten vorgelegt werden sollen. Der Entwurf wird in großen und festen Zügen vor Allem dem Streben und Bedürfnis nach einheitlicher Macht und gemeinsamer nationaler Entwicklung zu entsprechen haben. Die unerlässliche Verständigung der Regierungen bis zu dem nahen Zusammentritt des Parlaments wird hierdurch und auf jede Weise zu fördern sein. Während die Regierungen den Verfassungsentwurf gemeinsam beraten, werden gleichzeitig überall die Wahlen in Vollzug zu bringen sein. Unmittelbar nach dem Schlusse der jetzigen Landtagsession wird das preussische Volk seine Abgeordneten zum Parlament des norddeutschen Bundes zu wählen haben.“ — In Bezug auf die letzten Kammerbeschlüsse schreibt das officiöse Blatt: „So bedenklich die Verweigerung des unumgänglich nöthigen Fonds an und für sich ist, so war doch der Inhalt und Ton einzelner Reden, welche bei dieser Gelegenheit und in einer früheren Sitzung gehalten worden, noch bei Weitem befremdlicher. Die Hoffnungen auf ein wirklich ersprießliches Zusammenwirken der Regierung und der Landesvertretung werden von einem Theil der Abgeordneten geradezu freventlich zu Schanden gemacht. Je milder, entgegenkommender und versöhnlicher die Minister auftreten, desto abstoßender, heftiger und leidenschaftlicher wird ihnen von jener Seite begegnet. Es ist, als wollte man jede Möglichkeit der Versöhnung und des innern Friedens schon im Keime vernichten. Das Auffälligste ist dabei, daß die bittersten Anfeindungen gegen die Regierung gerade von einzelnen Mitgliedern jener neuen sogenannten „nationalen“ Fraction ausgehen, die sich angeblich die Unterstützung der Regierung in ihren großen Aufgaben für Deutschland zur Pflicht gemacht hat. Es ist geradezu unbegreiflich, wie Männer von Einsicht einen solchen Zweck erreichen zu können vermeinen, indem sie ihr ganzes Bestreben daran setzen, die preussische Regierung in ihrem ganzen Streben und Wirken herabzuwürdigen und zu verdächtigen.“

— Die „N. A. Z.“ vom 5. Decbr. hat einen bemerkenswerthen Artikel über das künftige Verhältniß zwischen Nord- und Süddeutschland gebracht. In demselben wird ausgeführt, daß alle Befürchtungen, die Constituirung des norddeutschen Bundes könne den Süden bewegen, sich vom Norden definitiv zu trennen, grundlos sind. Die Beweise, welche das officiöse Blatt beibringt, sind ganz

materieller Natur, sie bewegen sich auf dem Gebiet der Frage wegen Fortdauer des Zollvereins. Das Blatt sagt in Bezug darauf: „Die Erzeugnisse der Landwirtschaft sind es, welche in den Südstaaten ebenmäßig die Hauptgegenstände des Verkehrs bilden; deshalb vermögen diese Staaten nicht untereinander Verkehr zu treiben. Der Markt für diese Bodenproducte ist der Natur der Sache nach in den Staaten des Nordens belegen, welcher umgekehrt den Süden mit den diesen fehlenden Industrieerzeugnissen versorgt. Da nun der Markt des Südens sich nicht willkürlich in andere Nachbarstaaten verlegen läßt, weil Oesterreichs Production ebenfalls größtentheils identisch mit der des Südens, Frankreich die Hauptgegenstände der süddeutschen Producte theilweise für den eigenen Bedarf genügend, theilweise in der Masse erzeugt, daß es noch bedeutend zu exportiren im Stande, ein Gleiches auch mit Italien der Fall ist, sonstige Abzugswege des Südens aber vermöge seiner geographischen Lage verschlossen sind, so ergiebt sich, daß der Export des Südens, d. i. die Quelle seines Wohlstandes, in dem Augenblick verstopft sein würde, wo es durch politische Abschließung gegen den Norden diesen zwingen würde, mit einer wirtschaftlichen Abschließung seinerseits zu antworten.“ Um dieser officiösen Drohung mit der Sprengung des Zollvereins noch mehr Gewicht beizulegen, führt das Blatt dann weiter aus, wie umgekehrt Norddeutschland ganz gut ohne Süddeutschland fertig werden könne, da sich ihm durch seine Lage an der See stets neue Wege für den Export darbieten, wenn sich ihm der süddeutsche Markt verschließen würde. Wir glauben zwar auch, daß die materiellen Interessen, welche die Fortdauer des Zollvereins fordern, ein sehr mächtiger Hebel für die Annäherung Süddeutschlands sein werden, aber wir halten es für sehr gefährlich, wenn man die Schwierigkeiten zu vergessen sucht, welche sich trotz alledem der Wiederherstellung des Zollvereins in den Weg stellen. Will man nicht in den wirtschaftlichen Fehler verfallen, durch Wiederannahme der alten Verfassung des Zollvereins die Schwereffälligkeit desselben von Neuem auf zwölf Jahre zu befestigen, so müßte man eine Einrichtung treffen, welche wenigstens dem Scheine nach Süddeutschland wirtschaftlich dem Norden untergeordnet, eine Maßnahme, welche in Süddeutschland voraussichtlich auf sehr großen Widerspruch stoßen würde. Diese Schwierigkeiten sind größer, als Viele zu glauben scheinen, und um denselben zu entgehen, giebt es nur einen Weg: Aufgeben der Mainlinie und Ausdehnung des neuen Bundes über ganz Deutschland, natürlich ohne Oesterreich. Man mag sich sträuben dagegen, wie man will, bei allen Verhandlungen über wirkliche Dinge, die mit der Geographie des Landes und mit der Art seiner Bewohner im engen Zusammenhange stehen, mögen sie nun Krieg oder Frieden, die beste Art der Verteidigung gegen Außen oder Handel und Gewerbe betreffen, immer wird man auf die absolute Zusammengehörigkeit von Nord- und Süddeutschland stoßen. Gegen die Natur aber handelt der, der dieselbe practisch nicht anerkennen will.

— Zur Würdigung der Hoffnungen in Hannover auf die „rothen Hosen“ läßt sich die „Köln. Ztg.“ von dort Folgendes schreiben: Der Kaiser Napoleon hat schon vor dem Kriege in seinem von dem „Moniteur“ veröffentlichten Schreiben vom 11. Juni d. J. Preußens Concentration im Norden als seinen Wunsch bezeichnet. Es steht fest, daß das Schicksal des Königs von Hannover in den Tuilerien eine sehr geringe Theilnahme gefunden hat. In Nikolsburg wurde wegen Sachsen Manches verhandelt. Für Hannover regte sich keine Seele. Schon bei der Nachricht von der Affaire bei Langensalza soll der Kaiser Napoleon bemerkt haben, der unglückliche König sei nicht im Stande, die Thränen seines Volkes zu sehen! Näherstehende wollen wissen, der Kaiser habe einen Vorgang in Baden-Baden bei dem Fürstencongresse vom Juni 1860, der damals viel von sich reden machte, nicht vergessen. Der König von Hannover habe mehrere Tage mit dem Kaiser allein zusammenzutreffen ver-